

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/682**

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

Herrn
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen: ./.
Ihre Nachricht vom: ./.
Unser Zeichen: VI 216
Unsere Nachricht vom: ./.

Mathias Zobel
Mathias.Zobel@fimi.landsh.de
Telefon: 0431 988-4022
Telefax: 0431 988-4173

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

28. März 2006

Bemerkungen 2005 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein - Wertberechnung in Nachlasssachen - Bericht zur Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofs (vgl. Drucksache 16/355)

Weiterleitung einer Finanzausschussvorlage des MJAE

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Vorlage des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa „Bemerkungen 2005 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein - Wertberechnung in Nachlasssachen - Bericht zur Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofs (vgl. Drucksache 16/355)“ mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff
Staatssekretär

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: II 31/5270-259 SH -
Meine Nachricht vom: /

Dr. Dirk Bahrenfuss
Dirk.Bahrenfuss@jumi.landsh.de
Telefon: 0431 988-3856
Telefax: 0431 988-3883

22. März 2006

**Bemerkungen 2005 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
- Wertberechnung in Nachlasssachen -
Bericht zur Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofs (vgl. Drucksache
16/355)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

durch Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 14. Dezember 2005 wurde das Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa (MJAe) aufgefordert zu dem Punkt 31. der Bemerkungen 2005 des Landesrechnungshofes, „Wertberechnung in Nachlasssachen“ dem Finanzausschuss über die Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofes und zur Frage der Heranziehung des Brandversicherungswertes für Gebäude bis zum Ende des 1. Quartals 2006 zu berichten.

Bericht zu „31.2.1 Verwendung von Wertfragebögen“:

Der Landesrechnungshof hat die verbindliche Benutzung einheitlicher, leicht verständlicher Wertfragebögen zur Aushändigung an die Erben für Nachlassverfahren mit einem größeren Wert vorgeschlagen.

Dem Vorschlag folgend hatte das MJAe den Kostenbeamtinnen und Kostenbeamten in Nachlasssachen bereits mit Schreiben vom 31.3.2005 die Verwendung des Wertfragebogensvordrucks NS17 für Nachlässe ab 50.000,-- € verbindlich vorgeschrieben. Zwischen-

zeitlich wurde der Wertfragebogen in Zusammenarbeit mit der gerichtlichen Praxis überarbeitet und neu konzipiert. Der überarbeitete Vordruck wurde der gerichtlichen Praxis am 17. Februar 2006 im Intranet zur Verfügung gestellt und kann auch über die Justizdruckerei bezogen werden.

Mit Runderlass vom 14. März 2006 wurde – entsprechend dem Vorschlag des Landesrechnungshofs - die Benutzung des Wertfragebogens für Nachlasssachen mit einem Geschäftswert ab 50.000,-- € verbindlich vorgeschrieben.

Bericht zu „31.2.2 Bewertung von Grundbesitz“:

Der Landesrechnungshof hat eine Überprüfung der Wertangaben der Erben bei im Nachlass vorhandenem Grundbesitz vorgeschlagen. Danach soll der Wert unbebauter Grundstücke anhand der Angaben aus der Grundakte und der Bodenrichtwerte der Gutachterausschüsse ermittelt werden. Zur Ermittlung des Wertes der Bebauung von Grundstücken soll auf den Brandversicherungswert – unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Wertminderung - zurückgegriffen werden.

Zur Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofes wurde eine Berechnungstabelle (Excel) entwickelt, mit der die Werte für unbebauten Grundbesitz - ausgehend von der Größe des Grundstücks und den Bodenrichtwerten – und für Gebäude - ausgehend von der Nutzungsart, dem Brandversicherungswert und dem Alter des Gebäudes - ermittelt werden können. Die Berechnungstabelle steht zusammen mit Benutzungshinweisen im Intranet des MJAE zur Verfügung.

In dem Runderlass vom 14.3.2006 wurde die grundsätzliche Durchführung dieser Vergleichsrechnung für Nachlasssachen mit einem Geschäftswert ab 50.000,-- € verbindlich vorgeschrieben.

Der Landesrechnungshof hat zu diesem Punkt ergänzend die Einsichtnahme in die elektronische Grundakte zur Ermittlung der für die Vergleichsberechnung notwendigen Angaben zu Nutzungsart und Größe des Grundstücks vorgeschlagen.

Dieser Vorschlag soll dadurch umgesetzt werden, dass für die Kostenbeamtinnen und Kostenbeamten in Nachlasssachen eine Lesefunktion für das elektronische Grundbuch eingerichtet werden wird. Ein solcher Lesezugriff kann allerdings erst erfolgen, sobald die elektronischen Grundbücher von dem in der Einführungsphase bislang bestehenden Einzelbetrieb bei den Grundbuchämtern der Gerichte auf einen Zentralbetrieb bei Dataport

umgestellt sind und alle Grundbücher in den nächsten Jahren elektronisch erfasst sind. Im Zuge der Umstellung wird für den Nachlassbereich auch die Lesefunktion für die an den Zentralbetrieb angeschlossenen Grundbuchämter eingerichtet werden.

In dem Runderlass vom 14.3.2006 wurde die Einsichtnahme in das elektronische Grundbuch für Nachlasssachen mit einem Geschäftswert ab 50.000,-- € verbindlich vorgeschrieben. Soweit in diesen Fällen eine elektronische Einsichtnahme bislang nicht möglich ist (z.B. noch keine Umstellung der elektronischen Grundbücher auf den Zentralbetrieb bzw. noch keine Erfassung der Grundbücher) schreibt der Runderlass die Beiziehung der Grundakte vor. Der Landesrechnungshof teilt meine Auffassung, dass wegen des damit verbundenen Aufwandes die Beiziehung grundsätzlich auf Grundbücher beschränkt wird, die sich am Sitz des Nachlassgerichtes befinden.

Bericht zu „31.2.3 Wertberechnung bei Testamentseröffnung“:

Der Landesrechnungshof hat zur Verhinderung einer zu niedrigen Wertberechnung bei der Testamentseröffnung vorgeschlagen, dass neben dem bereinigten Nachlasswert auch die Erbfallschulden vermerkt werden sollen.

Mit Schreiben vom 31.3.2005 ist die gerichtliche Praxis zur Umsetzung dieser Empfehlung angewiesen worden.

Im Übrigen stand der Vorschlag des Landesrechnungshofs unter dem Vorbehalt, „soweit nicht bereits eine Benutzungsregel für Wertfragebögen Anwendung findet“. Eine solche Regelung ist durch Runderlass vom 14.3.2006 erfolgt, mit dem die Benutzung des überarbeiteten Wertfragebogens für Nachlasssachen mit einem Geschäftswert ab 50.000,-- € verbindlich vorgeschrieben wurde.

Bericht zu „31.2.4 Sonstige Einzelergebnisse“

Der Landesrechnungshof hat das MJAE aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass bei zukünftigen Personalengpässen die Kostenberechnung gewährleistet bleibt.

Das MJAE wirkt selbstverständlich darauf hin, dass eine unverzügliche Kostenberechnung gewährleistet ist.

Der Landesrechnungshof hat vorgeschlagen, dass die Kostenbeamtinnen und Kostenbeamten insbesondere bei hohen Nachlasswerten im Bedarfsfalle Rücksprache mit den Bezirksrevisoren bei den Landgerichten halten sollen.

Mit Schreiben vom 31.3.2005 ist die gerichtliche Praxis zur Umsetzung dieser Empfehlung angewiesen worden.

Der Landesrechnungshof hat dem MJAE empfohlen sicherzustellen, dass in ausreichender Anzahl Fortbildungsangebote speziell für Kostenbeamte angeboten werden.

Die im Jahre 2001 konzipierten Richtlinien für die fachbezogene Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Serviceeinheiten der Gerichte sehen regelmäßige mehrtätige Schulungen in Zwangsversteigerungs- und Zwangsvollstreckungsangelegenheiten, Strafsachen, Zivil-/Mahnsachen, Familiensachen, Vormundschaftssachen pp., Insolvenzsachen, Grundbuchangelegenheiten, Kosten in Zivilsachen, Kosten in Familiensachen und auch in Nachlasssachen einschließlich Kostenschulungen vor. In Vollzug dieser Richtlinien wird – neben den Kostenschulungen in Zivilsachen - jedes Jahr speziell eine dreitägige Schulung in Nachlasssachen einschließlich einer sechstündigen Kostenschulung für diesen Bereich angeboten. An diesen Schulungen nehmen jeweils ca. 16 Kostenbeamtinnen und Kostenbeamte teil. Zurückweisungen von interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Kapazitätsgründen hat es bislang nicht gegeben. Aufgrund der Feststellung des Landesrechnungshofes ist der Bedarf für Schulungen in Nachlasssachen durch die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts bei der gerichtlichen Praxis erneut abgefragt worden. Ein zusätzlicher Bedarf konnte nicht festgestellt werden.

Der Landesrechnungshof hat empfohlen, dass die Kostenbeamten die Kostenberechnung einheitlich über die gerichtsspezifische Software MEGA erstellen sollen.

Mit Schreiben vom 31.3.2005 ist die gerichtliche Praxis aufgefordert worden, die Kostenberechnung innerhalb der Gerichte einheitlich vorzunehmen. Im Hinblick auf die unterschiedliche Beurteilung der Effizienz der Erstellung der Kostenrechnungen über MEGA bzw. über die Textverarbeitung Word wurde die Entscheidung darüber, welches Programm bei den jeweiligen Gerichten Anwendung finden soll, in deren pflichtgemäßes Ermessen gestellt.

Gleichzeitig wurde die Prüfung, ob den Gerichten zur landesweiten Vereinheitlichung der Kostenrechnungen die Benutzung eines bestimmten Programms vorgeschrieben werden sollte, eingeleitet. Die gerichtliche Praxis beurteilt als Ergebnis einer Befragung die Vor- und Nachteile der jeweils benutzten Programme unterschiedlich. Die Benutzung der Textverarbeitung Word zur Erstellung der Kostenrechnungen beruht demnach im Wesentlichen darauf, dass MEGA nicht alle im Einzelfall erforderlichen Besonderheiten bei der Erstellung der Kostenrechnungen in Nachlasssachen berücksichtigen kann. Insoweit wird zurzeit geprüft, ob die Benutzung von MEGA für alle Fälle der Kostenrechnungen komfortabler und damit einheitlich gestaltet werden kann.

Der Landesrechnungshof hat empfohlen, bei mehreren Testaments- und Erbscheinsakten auf den Akten die gegenseitigen Querverweise gemäß § 28 Aktenordnung anzubringen. Außerdem hat es dem MJAE empfohlen zu prüfen, ob bei den Amtsgerichten für einen Erblasser zukünftig nur noch eine Nachlassakte geführt werden kann.

Mit Schreiben vom 31.3.2005 ist die gerichtliche Praxis zur Beachtung der Aktenordnung angewiesen worden.

Der Vorschlag des Landesrechnungshofs zur Zusammenführung der Nachlasssachen in einer einheitlichen Nachlassakte wurde im Zusammenhang mit der Erstellung einheitlicher Gesamtkostenrechnungen geprüft. Die Führung getrennter Akten wurde von der gerichtlichen Praxis als transparenter und einfacher bezeichnet, da zwischen der Testamentseröffnung und dem Erbscheinsverfahren kein zwingender Zusammenhang bestünde und beide Verfahren zeitlich oft auseinander fielen. Aus diesen Gründen wurde von einer generellen Zusammenführung der Akten und der Erstellung einer Gesamtkostenrechnung abgesehen.

Der Landesrechnungshof hat dem MJAE empfohlen, darauf hinzuwirken, dass die Prüfung der Nachlasssachen durch die Bezirksrevisoren bei allen Landgerichten durchgeführt wird.

Mit Schreiben vom 31.3.2005 war diese Empfehlung dem Präsidenten des betroffenen Landgerichtsbezirks zur Umsetzung mitgeteilt worden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Uwe Döring
Minister